

GRAPHISCHE PRESSE

Nr. 17. 32. Jahrg.

25. April 1919.

**ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN,
STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN,
LICHT- u. KUPFERDRUCKER, FORMSTECHEUR u. VERW. BERUFE**

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1,50 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal, zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zeitungs-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 2 Mk.

Redaktion:

Adolf Domnick, Berlin N 24, Elsaßstr. 86-88^{1/2}. Redaktionsschluss: Montag. Telefon: Amt Norden 4268. Verlag: Otto Sillier, Berlin N 24. Druck und Expedition: Conrad Müller, Schkeuditz, Augustastr. 8-9.

Insertion. Für die viergespaltene Nonparellezelle oder deren Raum 50 Pfg., bei Wiederholungen Rabatt. Für Verbandsmitglieder sowie Verbandsanzeigen 25 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Übereinkunft. — *Zuschriften an die Expedition erbeten*

Inhalt:

Hauptteil: Auf zur Maifeier! Rundschau. Das Räteproblem, I. — **Allgemeines:** Ortsberichte: München. Niedersiedlitz. — **Die photomechanisch. Fächer:** Zum Lichtdruckertarif. Ortsberichte: Düsseldorf. Mannheim. Chemigr. — **Der photograph. Mitarbeiter:** Ortsberichte: Köln a. Rh. München. — **Feuilleton:** Eingegangene Schriften. — **Totenliste.** — **Anzeigen.**

Auf zur Maifeier!

Der 1. Mai ist zum gesetzlichen Feiertag geworden. Zwar hatte die preußische Landesversammlung die Einführung dieses Festtages abgelehnt, aber Reichsrecht geht vor Landesrecht und so ist der Beschluß der Deutschen Nationalversammlung auch für Preußen gültig. Der Antrag der Sozialdemokraten und Demokraten hat folgenden Wortlaut:

„Für Weltfrieden, Völkerbund und internationalen Arbeiterschutz wird ein allgemeiner Feiertag eingeführt, für den der Charakter eines Weltfeiertags erstrebt wird. Seine endgültige Festlegung erfolgt nach Friedensschluß und Verabschiedung der Verfassung. Für dieses Jahr wird er auf den 1. Mai gelegt. Er soll einer Kundgebung für Erhaltung der politischen und sozialen Fortschritte, für Erlangung eines gerechten Friedens mit Befreiung der Kriegsgefangenen und für einen auf aller Gleichberechtigung aufgebauten Weltfriedensbund dienen. Der 1. Mai 1919 gilt im Sinne reichs- und landesgesetzlicher Vorschriften als allgemeiner Feiertag.“

Einstweilen hat der Beschluß nur für ein Jahr Gültigkeit. Doch er ist mit großer Majorität angenommen worden, sodaß wir uns der Hoffnung hingeben dürfen, daß einer dauernden Festlegung keine ernsthaften Hindernisse in den Weg gelegt werden. In erster Linie galt dieser Tag, der von dem Internationalen Kongreß in Paris 1889 beschlossen wurde, der Demonstration für den Achtstundentag. Seine gesetzliche Einführung als allgemeiner Festtag fällt zeitlich zusammen mit der Durchführung seines wichtigsten Demonstrationselementes. Auch in den uns umgebenden Ländern macht die Einführung des achtstündigen Arbeitstages rüstige Fortschritte. Doch daß mit dem Streben nach diesem Ziel die Bedeutung dieses Tages nicht erschöpft ist, daß er nach wie vor ein Tag ist, der uns in dem Gelübnis zusammenführt, für hohe kulturelle Ziele zu kämpfen, das geht aus dem nachstehenden Aufruf der Generalkommission hervor, den wir unseren Kollegen zur Kenntnis geben wollen:

„Die Arbeiterklasse wird in diesem Jahre am 1. Mai eine internationale Heerschau abhalten, die nach den langen Kriegsjahren die Grundsätze und Gedanken des Friedens wieder pflegen soll. Für die deutschen Arbeiter wird die Maifeier dieses Mal eine erhöhte Bedeutung haben, weil wir den Sieg der Revolution über die finsternen Mächte der Reaktion feiern können.“

Seit 1889 war der 1. Mai der Tag der internationalen Demonstration des Proletariats für Arbeiterschutz und Weltfrieden. Unsere Kundgebungen sollten den herrschenden Klassen ins Gewissen reden, die Sozialpolitik nicht zu vernachlässigen und eine ernste Sozialpolitik

zu betreiben. Und sie sollten nicht minder den Indifferenten und Lauen unter den Arbeitern selbst den Gedanken der Solidarität der Arbeit nahebringen, sie aufrufen zum organisierten Kampf für den Achtstundentag, für vermehrten Arbeiterschutz und für den Weltfrieden.

Die diesjährige Maifeier wird für den deutschen Arbeiter eine Siegesfeier sein: Der Achtstundentag ist durch die Revolution in unserem Lande verwirklicht und die gesamte Sozialpolitik steht unter dem Einfluß der Arbeiter. Ihre eigenen Vertreter haben in der Regierung die ausschlaggebende Bedeutung, die zur wirksamen Förderung des Arbeiterschutzes notwendig ist, und wir haben bereits eine ganze Anzahl von Verordnungen mit Gesetzeskraft durchgesetzt, die die Fesseln des alten Rechts den Arbeitern abnehmen und wichtige neue Rechte zur Durchführung bringen. Die Sicherstellung des Koalitionsrechts für alle Arbeitnehmer, die gesetzliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts zeigen den neuen sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution in die deutsche Regierung eingezogen ist.

Auch außerhalb der deutschen Grenzen bereite die Revolution eine soziale Umwälzung und den grundlegenden Fortschritt der Sozialpolitik vor. In Rußland und in Österreich-Ungarn hat die Revolution den Achtstundentag gebracht und alle Fesseln, die eine reaktionäre privilegierte Kaste dem arbeitenden Volke auferlegte, beseitigt. Die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ist dort wie hier das große Problem, das alle beschäftigt. Die revolutionäre Flut meldet sich selbst in den Ländern des siegreichen Imperialismus der Weststaaten; in Italien und Frankreich reden die Arbeiter eine deutliche Sprache. Schon meldet die Presse von einem Entgegenkommen der französischen Regierung in Sachen des Achtstundentages, dieselbe Regierung, die in den besetzten Gebieten den Achtstundentag der deutschen Revolution brutal aufhob. In England und Amerika marschieren der Achtstundentag ebenfalls, auch die neutralen Länder sehen sich unter dem Drucke der Arbeiter genötigt, den Normalarbeitstag des Proletariats anzuerkennen. Das ist der Sieg auf der ganzen Linie.

Nicht ganz so zuversichtlich ist das Problem des Völkerfriedens zu beurteilen. Die Hoffnung der Arbeiter aller Länder, sie würden den lange drohenden Krieg verhindern und den Weltfrieden sichern können, wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges zertrümmert. Während dieses schrecklichsten aller Kriege, der Irrsinn und Wahnwitz zum obersten Gesetz des menschlichen Handelns erhob, und Verbrechen auf Verbrechen häufte, wurde die Idee des Völkerbundes zur neuen Hoffnung einer neuen Menschheit. Was das sozialistische Proletariat seit 1889 alljährlich am ersten Maientage stürmisch verlangt hatte, wurde selbst von den herrschenden Klassen aller Länder mehr oder weniger offen als die einzig möglich erscheinende Rettung anerkannt.

Selbst die Vertreter des siegreichen Imperialismus haben sich, unwillig zwar, schließ-

lich mitreißen lassen müssen. Lange genug haben sie in den Pariser Beratungen den Plänen des Präsidenten Wilson Widerstand geleistet und auch heute noch besteht kein Zweifel darüber, daß insbesondere die herrschende Kaste Frankreichs den Völkerbund nur insoweit wünscht, als er ihr die Herrscherstellung zu sichern und die Gewalt über die besiegten Völker zu geben vermag. Der Entwurf, der aus den Beratungen in Paris hervorgegangen ist und der Welt mitgeteilt würde, zeigt gar zu deutlich diese Spuren eines machthungrigen Imperialismus.

Diese Satzungen eines Völkerbundes sind nicht geeignet, die Arbeiterklasse zu befriedigen. Sie sind noch völlig ungenügend und in ihrer bisher bekanntgegebenen Gestalt auch untauglich, den Frieden der Welt zu sichern. Nur unter dem Einfluß der Arbeiterklasse wird ein Völkerbund entstehen können, der den wirklichen Frieden und an Stelle von Ausbeutung und Völkerhaß den Geist der Solidarität und Bruderliebe den aus Tausenden Wunden blutenden Völkern bringt.

Daß die Arbeiter trotz der Wirren des Krieges diesen Geist noch pflegen, hat die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern im Februar d. J. klar und deutlich gezeigt. Hier tagten zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges Vertreter der Gewerkschaften beider kriegführenden Gruppen und der Neutralen. Kein Wort der Zwietscherei störte die Verhandlungen, die zu einstimmig gefaßten Beschlüssen führten. Die Berner Gewerkschaftskonferenz forderte einen Völkerbund der Gerechtigkeit und des Rechts, einen Völkerbund der menschlichen Solidarität. Und sie forderte einen beschleunigten Ausbau der Regeneration der Völker fördern und die erste internationale Grundlage für den Sozialismus als System der Weltwirtschaft schaffen soll.

Gerade diese Forderungen müssen wir bei der diesjährigen Maifeier in den Vordergrund rücken. Die internationale Durchführung und Förderung des Arbeiterschutzes wird um so mehr zum Brennpunkt der Arbeiterforderungen, je mehr unser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung in den einzelnen Ländern steigt. Und der internationale Charakter der Maifeier wird mit besonderer Schärfe dadurch unterstrichen, daß überall in der Welt, wo an diesem 1. Mai sich die Proletarier versammeln, der internationale Arbeiterschutz und der Völkerbund Gegenstand ihrer Beratungen und Forderungen wird.

Für uns in Deutschland bleibt die Ehrenpflicht, unserer in fremder Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen zu gedenken. Zur Sklavenarbeit hat der haßerfüllte französische Chauvinismus unsere Kriegsgefangenen verurteilt. Wir haben in Bern dagegen protestiert und von den Gewerkschaftsvertretern Frankreichs und Englands die Zusage erhalten, daß sie gegen diese brutale Versklavung unserer Kriegsgefangenen vorgehen werden. An dieses Versprechen müssen wir sie am 1. Mai, am Tage der Arbeit, erinnern und die Erwartung aussprechen, daß die Arbeiter Frankreichs und die Arbeiter Englands die Sklaverei bekämpfen, in die ihre herrschenden Klassen Angehörige unseres Volkes geschleppt haben.

Daß der 1. Mai in diesem Jahre überall in Deutschland durch Arbeitsruhe gefeiert wird ist Selbstverständlich. Heute hat das deutsche Proletariat die Macht, den 1. Mai zu einem Feiertag der Arbeit zu gestalten und es muß von dieser Macht einmütig Gebrauch machen.

Daher Arbeiter, Gewerkschafter, auf zur Mafefeier 1919. Sorgt dafür, daß dieser Tag zu einer machtvollen Kundgebung für den Völkerbund, den Völkerfrieden für Arbeiterschutz und Sozialismus in der ganzen Welt wird.

Rundschau.

Aus den deutschen Gewerkschaften. Der Buchbinderverband hatte am Schlusse des Jahres 1918 einen Mitgliederbestand von 36969, das sind 15098 mehr als Ende des dritten Quartals. Die Zahl der weiblichen Mitglieder betrug 26378, was eine Zunahme von 10480 gegen das dritte Quartal ausmacht. Der Vermögensbestand am Jahresfluß betrug 1381872 Mk. — Die Gewerkschaftszeitung »Der Fleischer« erreichte mit der Nr. 7 vom 29. März eine Auflage von 20000. »Die Ameise« des Porzellanarbeitersverbandes hat mit der Nr. 13 vom 28. März eine Auflage von 25000 erreicht gegen 17500 bei Ausbruch des Krieges. »Der Textilarbeiter« hat eine Auflage von 250000 am 4. April überschritten. Der Transportarbeiterverband meldet eine Mitgliederzahl von 300000. »Der Bureauangestellte« konnte am 1. April sein 25jähriges Jubiläum feiern. — Der Töpferverband beginnt seine 11. Generalversammlung am 23. Juni in Nürnberg, der Hutmacherverband seine außerordentliche Generalversammlung am 14. Juli, der Gemeindearbeiterverband seinen 8. Verbandstag auf den 1. September, die Glasarbeiter beginnen ihren Verbandstag am 8. Juni d. Js.

Erwerbslosigkeit im Deutschen Reiche. Gegen Ende März dieses Jahres wurden im Reiche 1053854 Personen gezählt, die Erwerbslosenunterstützung beziehen.

Die Vorarbeiten für ein neues Arbeitsrecht sind nach einer Mitteilung des Reichsarbeitsministers soweit vorgeschritten, daß sofort nach Ostern eine Arbeitskommission zur Beratung der Einzelabschnitte zusammentreten soll. Das ganze Gebiet des Arbeitsrechts soll nicht nur einheitlich zusammengefaßt werden, sondern es soll auch das Koalitionsrecht, das Berufsvereins- und Tarifvertragsrecht einbezogen werden. Ferner ist die Schaffung einheitlicher Arbeitsgerichte für alle Gruppen der Arbeitnehmer und Angestellten in Aussicht genommen. Die Einzelverträge sollen alsbald einem größeren Kreise von Sachverständigen aus allen beteiligten Gruppen unterbreitet werden.

Maßregelungen. Elf Gewerkschaftsangestellte der verschiedensten Verbände sind bisher in Leipzig ihrer Posten entbunden worden. Ihr Vergehen bestand darin, daß sie nicht die richtige politische Gesinnung hatten. Einige Gewerkschaftssekretäre haben sich mit den Gemaßregelten solidarisch erklärt und ebenfalls ihre Kündigung eingereicht. Auch aus anderen Städten wird über Maßregelungen berichtet, so besonders aus dem Metallarbeiterverband aus Berlin und neuerdings aus Bremen. Am letzteren Orte sind vier Beamte gemaßregelt worden. In einer Resolution wird die »Einheitsorganisation« auf der Grundlage des Räteystems und die Entlassung aller Beamten gefordert, die sich im rechtssozialistischen Sinne bekannt oder betätigt haben. Dazu sagt der Vorstand des Metallarbeiterverbandes:

»Das ist die Proklamierung des offenen Aufruhrs im Verband. Wir sagten, daß dies die Vernichtung der in mühevoller jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Organisation der deutschen Metallarbeiter ist. Man will die »Aufhebung des bestehenden Verbandsstatuts«, also in vollem Umfange und die »Schaffung eines neuen, auf revolutionärer Grundlage« aufgebauten Statuts. Eine reine »Kampforganisation« soll entstehen, also alle sozialen Unterstützungen ausgemerzt werden. Man muß zugeben, die Leute gehen aufs Ganze. — —

Es wird dann weiter von dem sogenannten revolutionären Ausschuss gefordert, daß die Kosten für den Generalstreik die Gewerkschaften zu übernehmen haben. »Diese Zumutung«, meint der Verbandsvorstand, »geht über das Erträgliche hinaus und muß alle verständigen Arbeiter, denen es um die Erhaltung der Grundlagen ihrer eigenen Existenz zu tun ist, zu entschlossener Abwehr zusammenführen. Auch die im Lager der Unabhängigen Sozialdemokratie stehenden Gewerkschaftsgenossen können sich der Abwehr der Zerkümmung des Verbandes nicht entziehen. Der in Bremen betretene Weg führt zum Anarchismus und zur Vernichtung der deutschen Arbeiterbewegung. Nicht Fortschritt, Freiheit und eine glückliche Zukunft birgt er in sich, sondern Demoralisation, Verwilderung der Sitten und der Rechtsbegriffe und in deren Gefolge die Reaktion. Wer es gut meint mit seinem Verbands und dem Sozialismus, der muß sich mit aller Entschiedenheit gegen die von Spartakus gepredigte rohe Gewalt wenden und der Vernunft, der Solidarität und dem brüderlichen Zusammenwirken der Arbeiterschaft zum Siege verhelfen. — —

Die Wiedereinführung der Sommerzeit, die ein Gesetzentwurf der Regierung bringen sollte, wurde von der Nationalversammlung abgelehnt.

Vom neuen Mittellandkanal. Die Nachrichtenabteilung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung arbeitet eine Instruktionsübersicht über den Bau des neuen Mittellandkanals, der jetzt bekanntlich bis Hannover geht und von da bis Berlin weitergeführt werden soll. Die nördliche Linie über Leiferde, Calförde, Burg scheidet vorläufig aus, und über die mittlere Linie über Peine, Fallersleben, Obisfelde, Neuhaldensleben, sowie über die südliche Linie via Peine, Horneburg, Dedeleben, Oschersleben ist eine endgültige Wahl noch nicht getroffen. Im Bau befindlich ist zunächst die gemeinsame Strecke Hannover—Peine und Hannover—Hildesheim. Von Burg ab werden natürliche Wasserstraßen sowie der Ihlekanal und der Plauer Kanal benutzt.

Die Probe aufs Exempel, die mit der Freigabe der Eier gemacht wurde, ist mißlungen. Es ist genau das eingetreten, was die Verbraucher immer gesagt haben: die Einführung des freien Handels während der allgemeinen Warenknappheit macht die hohen Schleihhandelspreise zu den allgemein gültigen Preisen. Während der Zeit der öffentlichen Bewirtschaftung, so gering die Eierzuweisungen auch waren, bekam doch jeder wenigstens eine kleine Anzahl Eier, die (im Höchstfalle) die Hälfte der jetzigen Preise kosteten, während heute Eier überhaupt nur zu dem 15—20-fachen des Friedenspreises zu haben, also für die meisten Verbraucher unerschwinglich sind.

Ein Reichsverband der deutschen Industrie ist am 12. April d. J. durch Verschmelzung der im Deutschen Industriertag vertretenen Zentralorganisationen der Unternehmer, des Zentralverbandes deutscher Industrieller und des Bundes der Industriellen gegründet worden. Der neue Verband bezweckt die Vertretung und Förderung der deutschen Industrie, die Herbeiführung eines einheitlichen Vorgehens der beteiligten Kreise und eine Gemeinschaftsarbeit mit den Arbeitnehmern in Fach-, Orts- und Landesverbänden und Fachgruppen.

Das Räteproblem.

Zu den brennendsten Fragen der gärenden Gegenwart gehört unstreitig die Frage der endgültigen Gestaltung der Arbeiterräte.

Die Ungewißheit, ob und inwieweit denselben künftig eine bedeutungsvolle Stellung im Gesetzgebungs- oder Wirtschaftskörper eingeräumt werden wird, bot bisher gewissen radikalen Richtungen willkommene Gelegenheit, lustig darauf los zu agitieren, ohne jedoch den Versuch zu machen, die Berechtigung und die Möglichkeit einer bestimmten Lösung dieser Frage einwandfrei nachzuweisen. Darum ist es wohl notwendig, einmal den heutigen Stand der Angelegenheit kritisch zu beleuchten, zumal noch höchst verworrene Auffassungen auf diesem Gebiete ihr Wesen treiben. Vielleicht fragen diese Zeilen ein wenig zur Klärung und zum logischen Denken bei.

Es wird wohl allgemein anerkannt, daß die Arbeiterräte als revolutionäre Errungenschaft eine in vieler Beziehung wichtige und segensreiche Arbeit geleistet haben.

Mit ihrer Hilfe ist die Gewalt der alten Machthaber schnell und schmerzlos in die Hand des Volkes übergeleitet worden. Sie haben zahlreichen Verordnungen der provisorischen Regierung zur Durchführung verholfen. Sie haben nicht nur Anordnungen gegeben, sondern auch Kontrolle geübt über Regierung und Verwaltungsapparat. Damit haben sie zweifellos eine äußerst notwendige Arbeit geleistet zu einer Zeit, als jeder gesetzgebende Faktor fehlte. Sie waren die einzige bestehende politische Institution, auf die sich die vorläufige Regierung stützen konnte und ihre Arbeit war demnach rein politisch. Da nun aber außer der Arbeiterklasse noch andere Volksklassen im Staate vorhanden sind, die genau so wie die Arbeiterklasse das Recht auf politische Vertretung und Mitarbeit am Staate beanspruchen, so mußte das ganze Volk zur Bildung neuer gesetzgebender Körperschaften in Reich, Staat und Gemeinde aufgerufen werden. Das geschah durch die Wahlen zu der Nationalversammlung, den einzelnen Landesversammlungen und den Gemeindevertretungen.

Eine Erhebung der Arbeiterräte zum alleinigen gesetzgeberischen Faktor hätte die Diktatur von unten bedeutet. Wahsende Schwierigkeiten und schließlich Zusammenbruch wäre die sichere Folge unserer Herrschaft gewesen. Nicht Beherrschung der übrigen Volksklassen, sondern Aussöhnung derselben mit dem sozialistischen Gedanken konnte nur unser Ziel sein. Nicht scheues Duden unter unsere Füchtl kann uns befriedigen, sondern freiwillige Anerkennung unserer Methoden in Gesetzgebung, Verwaltung und Erziehung. Stets bekämpften wir jedes despotische Regierungssystem, dagegen forderten wir immer und überall die volle und uneingeschränkte Mitarbeit aller Volksglieder. Darum, um uns selbst treu zu bleiben, durften wir den anders denkenden Volksgenossen nicht versagen, was wir selbst leidenschaftlich gefordert hatten. Darum also wurden die Wahlen im Reich, Staat und Gemeinden ausgesprochen und vollzogen. Mit dem Zusammen-

treten dieser gewählten Vertretungen des Volkes waren wiederum gesetzgebende Körper geschaffen und die Aufgaben der Arbeiterräte damit zum größten Teil erledigt.

Selbstverständlich wurden sich die Arbeiterräte bald bewußt, daß ihre politische Bedeutung nunmehr stark herabgemindert war, wenn sie sich auch nicht überall mit dieser Tatsache abzufinden wußten. Die wilde Agitation gegen jede wirkliche Demokratisierung brachte es nun mit sich, daß ein Teil der Arbeiterschaft das russische Räteystem auf den Schild erhob. Diese Arbeiter wußten nichts davon, daß das Räteystem in Rußland nur darum zu starker Ausbreitung gelangen konnte, weil eben jede nennenswerte wirtschaftliche Organisation fehlte, weil ferner die Beteiligung der Arbeiterschaft an den Kulturaufgaben des Staates in Rußland noch ganz in den Kinderschuhen steckte. Dort, wo die Massen noch bis vor wenigen Jahren von jeder Mitarbeit am Staate ferngehalten wurden, konnte ein Nährboden für eine Organisationsform sich bilden, die in höher entwickelten Ländern nicht mehr notwendig war. Nur völlige Verkennerung der tatsächlichen Verhältnisse ist schuld daran, daß deutsche Arbeiter dem russischen Räteystem größere Wirksamkeit beimessen, als den festgefühten deutschen Organisationen. Was in Rußland fehlte, haben wir in Deutschland seit langen Jahren: Die Möglichkeit, den Aufstieg der Arbeiterklasse planmäßig vorzubereiten. Wir hatten einen erheblichen Teil der Mandate zum Reichstage und zu den Landtagen erobert. In unzähligen Gemeindevertretungen saßen unsere Genossen. Die politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen hatten sich zu ansehnlicher Stärke entwickelt. Die Krankenkassen wurden zum größten Teil durch Arbeiter verwaitet. Der Rechtsberatung in den Arbeiterschutz- und Unfallversicherungsgesetzen dienten einige Hundert Arbeiterssekretariate. Das Bildungswesen wies bereits die ersten Spuren unserer Arbeit auf. Allenhalben konnte man also in Deutschland den wachsenden Einfluß der Arbeiterklasse beobachten. Wenn auch noch unendlich viel zu tun ist, auf dem besten Wege sind wir jedenfalls und wer die in jahrzehntelanger Arbeit geschaffenen Einrichtungen jetzt als wertlos beiseite schieben und verkümmern lassen möchte, nur um das russische Räteystem auf deutsche Verhältnisse zu übertragen, der hat keine Vorstellung von der aufgewandeten und noch aufzuwendenden Mühe und Arbeit, die notwendig ist, um die Arbeiterklasse mit vorwärtstrebendem Geiste zu erfüllen.

Wer die Form anbetet, verachtet den Inhalt und wer dem Räteystem Wunderkraft andichtet, der weiß blutwenig von den lebendigen Kräften im Volke, die sich nicht nach einer Schablone meistern lassen. Der deutsche Arbeiter darf sich vertrauen, mit Hilfe seiner Organisationen schneller und leichter seinen Aufstieg zu fördern, als mit dem nicht auf seinem Mist gewachsenen Räteystem. Ein großer Teil der Arbeiterschaft sieht auch bereits ein, daß ihre politische Bedeutung durch die Anzahl der von ihr besetzten Parlamentsitze zum Ausdruck kommt, und daß es gefährlich ist, die bestehenden Arbeiterräte als eine Art Nebenregierung etablieren zu wollen. Darum tauchte der Gedanke auf, den Arbeiterräten das wirtschaftliche Gebiet zu überlassen. Den organisatorischen Aufbau denkt man sich so, daß für Einzelbetriebe Betriebsräte zu wählen sind, die wiederum für einzelne Industriebezirke oder Provinzen Bezirksräte wählen, denen übergeordnet der Reichsarbeiterrat steht.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufes.

Ortsberichte.

München. Allgemeine Versammlung. Am Dienstag den 3. April tagte im Kils Kolosseum eine von den Stein-druckern und Lithographen, den Buchbindern und graphischen Hilfsarbeitern einberufene, stark besuchte Versammlung unter Leitung des Kollegen Ferkel. Anfangs Februar trat die Münchener Kollegenschaft an die Prinzipalität heran, mit dem Ersuchen um erneute Erhöhung der Teuerungszulagen, die bislang 29 Mk. pro Woche betragen und um Freigabe des Samstagnachmittags.

Da eine Einigung sowohl in Bezug auf den freien Samstagnachmittag als auch in punkto Lohnerhöhung nicht erzielt werden konnte, arbeiteten die Kollegen kurzerhand einfach am Samstag nur mehr 4 Stunden. Bei Obpacher, der größten Firma, wurde der Anfang gemacht. Die Prinzipalität zitierte diesherab die Kollegenschaft wegen Tarifbruch vor den Kadi. Vor der Revolution mag nun so etwas für die Beteiligten nicht gerade angenehm gewesen sein. Zwar gab auch jetzt der Kadi zu erkennen, daß die Gehilfenschaft Tarifbruch begangen hätte, er definierte aber des weiteren in voller Übereinstimmung mit den vier Unbeteiligten noch hinzu, daß man es zur jetzigen Zeit, wo jeder ungelehrte Arbeiter nur 44 Stunden zu arbeiten brauche, den gelerntem Arbeitern nicht verübeln könne, wenn sie eben auch nicht länger arbeiten wollen. Den Herren Arbeitgebern legte er nahe »Ja und Amen«

zu sagen und um Frieden und Ruhe zu erhalten, die abgezogenen Samstagmittagstunden, ebenso die geforderte erneute Teuerungszulage von 13 Mk. wöchentlich rückwirkend ab 17. März nachzuzahlen.

Dieses war der Anlaß zu der eingangs erwähnten Versammlung. Einstimmig wurden die Abmachungen angenommen. Ebenso wurde einstimmig ein Antrag, nur mehr mit organisierten Kollegen und Kolleginnen zusammen zu arbeiten, angenommen.

Im weiteren Verlauf einer anregenden Diskussion konnte die Frage, ob unser Beruf, auch bei einer 44 stündigen Arbeitswoche konkurrenzfähig bleiben wird, angesichts der hohen Arbeitslosenziffer und der Tatsache, daß in den für die Konkurrenz in Betracht kommenden Ländern der Kampf um die 44 stündige Arbeitswoche geführt wird, bejaht werden.

Niedersedlitz. Unsere Mitgliederversammlung vom 2. April beschäftigte sich im wesentlichen mit dem neuen Tarifentwurf, welcher nun als zweites Vertragsmuster den Kollegen zur Diskussion vorlag. Die Aussprache war nach vielen Gesichtspunkten hin äußerst reg und gipfelte in einstimmiger nachstehender Beschlusfassung: »Die Zahlstelle Niedersedlitz nimmt Kenntnis von den Änderungen im neuen Tarifentwurf, welche den in der Presse geäußerten Wünschen entgegenkommen. Derselben sind doch als äußerst bescheiden anzusehen und auf friedliche Weiterentwicklung unseres Berufes eingestellt. Die Mindestlöhne können allerdings in dieser Zeit der Teuerung keineswegs befriedigen; selbige stehen weit hinter den Mindestlöhnen der meisten gelehrten Berufe, und ist nur durch einen entsprechend hohen Teuerungszuschlag ein Ausgleich möglich. Ein besonderer Teuerungszuschlag ist außer für Städte von über 300000 Einwohner noch auf die naheliegenden Orte derselben auszu dehnen.«

In Anbetracht der Wichtigkeit aller in dieser Zeit zu erledigenden gewerkschaftlichen Aufgaben, welche im Zeichen eines vollständigen Neuaufbaues der Gesellschaftsordnung stehen, ist es die Pflicht eines jeden Kollegen die Versammlung zu besuchen und dort an gemeinsamer Arbeit teilzunehmen.

Die photomech. Fächer.

Zum Lichtdrucker-Tarif.

Als am 12. Februar 1911 nach vielen schwierigen Verhandlungen der Tarif für das deutsche Lichtdruckgewerbe in seiner heute noch gültigen Fassung abgeschlossen wurde, stimmten die Gehilfenvertreter der fünfjährigen Vertragsdauer nur schweren Herzens unter dem Gesichtspunkt zu, daß in den Abmachungen u. a. auch die achtstündige Arbeitszeit festgelegt war. Denn mit dieser Neuerung war der erste erfolgreiche Vorstoß in die bisher achtstündige Arbeitszeit im Druckgewerbe gemacht worden.

Wohl waren sich die damaligen Unterhändler klar, daß diese lange Tarifdauer von 5 Jahren unter Umständen für die Gehilfenschaft des Gewerbes schwere Nachteile haben könnte. Wäre damals, wie in den vorhergehenden Tarifperioden, eine dreijährige Dauer vereinbart worden, dann hätte im Jahre 1913 bei der Erneuerung des Tarifes die Möglichkeit bestanden, Bestimmungen in den Tarif hinein zu arbeiten, die vielleicht während der Kriegsdauer den Kollegen Handhaben zu einer zentralen Regelung der Teuerungszulagen usw. gegeben hätten.

Doch es ist müßig, über Möglichkeiten zu diskutieren; halten wir uns lieber an die einmal gegebenen Tatsachen. Die bestehen nun darin, daß wir heute im neunten Jahre der Dauer unseres jetzigen Tarifes stehen und uns klar werden müssen, ob dieser Tarif ein unabänderliches Schicksal unseres Berufes sein soll, oder ob wir denselben durch Revision abändern und mit neuem Geiste zu erfüllen trachten oder ob wir der Tarifgemeinschaft satt sind und in anderen Formen unsere berechtigten Ansprüche an das heute so »teure« Leben zur Befriedigung bringen wollen.

Ich weiß, daß derjenige, der heute in den Kreisen der Lichtdrucker den Standpunkt vertritt: »Weg mit dem Tarif und Schluß mit allen Tarifgemeinschaften im Lichtdruckgewerbe«, sicherlich die Zustimmung weiter Kreise unserer Berufskollegen erhält. Die Lichtdruckprinzipale haben weidlich alles getan, was geeignet war, den Gehilfen den Tarif zu vereiteln, insbesondere durch ihre kurzfristige egoistische Stellungnahme zu den sicher nicht unberechtigten Lohnforderungen der letzten Jahre, die wahrlich nicht aus Übermut, sondern nur unter dem Drucke äußerster Not erhoben wurden. Und warum weigerte sich der hochwohlwollende Bund der Lichtdruckanstalten in seiner Gesamtheit, trotz recht entgegenkommender Worte einzelner Berliner Herren, mit der Gehilfenschaft in zentrale Verhandlungen über eine Aufbesserung der Löhne einzutreten, obwohl doch im Tarif so schön zu lesen steht: »Der Tarif ist der von Prinzipalen und Gehilfen anerkannte Ausdruck dafür, was für die beiderseitigen Beziehungen und Leistungen im deutschen Reiche allgemein als gerecht und billig festzuhalten ist?« Nun, die Herren weigerten sich, weil in dem Tarif nur der Mindestlohn festgesetzt ist und weil man daher

erst warten müßte, bis bei einer Neuberatung eine diesbezügliche Änderung stattgefunden hätte. Ob vielleicht bis zu diesem Zeitpunkt 100 Proz. der Gehilfen hungert sind, ist naturgemäß auf die Stellungnahme solcher Tarifkontakthabenden ohne Einfluß, denn auch darüber steht ja nichts im Tarif.

Wenn aber Gehilfen, welche den drohenden Hungertod abhalten bzw. verlangsamten wollten, zwecks Herausdrängung einer Lohnzulage zu geschlossenem Vorgehen sich auftraffen, dann erhob sich ein wütendes Geschrei im Unternehmerlager über die Tarifrückständigkeit der Gehilfen. Dann hieß es: »Tarifamt hilf!« — Und nach den toten Buchstaben des Gesetzes mußte leider geholfen werden.

Wenn nun aber eine Prinzipalität in ihrer Gesamtheit so kurzfristig ist, daß ein solches Elementarereignis wie der Weltkrieg mit seinen ungeheuerlich gestiegenen Lebensunterhaltskosten keinen Anlaß bieten kann — nein muß — für das gesamte Gewerbe einen gerechten Ausdruck der beiderseitigen Beziehungen und Leistungen im Wege gemeinsamer Verhandlungen zu suchen und auch zu finden, dann kann man verstehen, daß sich innerhalb der Gehilfenschaft eine Tarifunlust, ja sagen wir ruhig, eine Tarifgegnerschaft breit macht, die allen denen, welche auf dem Tarifgebiete bisher tätig waren, das Arbeiten äußerst ersdwert, wenn nicht ganz verleidet.

Und trotzdem will ich nicht gegen, sondern für eine Tariferneuerung eintreten. Und warum? — Wir Lichtdrucker sind ein kleiner Beruf, dessen Angehörige sich außerdem auf viele Orte und eine große Reihe kleiner und kleinster Betriebe verteilen und da dürfte es auch für die Zukunft immer noch das Empfehlenswerteste sein, die Arbeitsbedingungen zentral zu regeln und eine Fortsetzung unserer Tarifgemeinschaft, allerdings unter den notwendigen Abänderungen, anzustreben.

Die von der Gehilfenschaft gerügten Übelstände sind wesentlich im Text und Aufbau des Tarifs begründet. Ein einsichtiges Unternehmertum hätte aber trotzdem mit den Gehilfen gemeinsam die zulage getretenen Mängel abändern, zum mindesten aber mildern können. Und hier muß eingesetzt werden. Schließen wir einen neuen Tarif ab, so müssen wir Rücksicht nehmen darauf, daß uns eine Prinzipalität gegenüber steht, die mit allem anderen, nur nicht mit sozialem Öle gesalbt ist. Alle von den einzelnen Herren während der langen Tarifdauer gemachten Schwierigkeiten müssen fein säuberlich zu Papier gebracht und unverzüglich der Zentralkommission als Material übersandt werden. Die Bestimmungen des neu zu schaffenden Tarifes müssen klar und einwandfrei gefaßt und vor allen Dingen muß die Dauer des Tarifes so beschränkt werden, daß derselbe nach einer vielleicht festzusetzenden Periode von einem Jahr jeweils von 3 zu 3 Monaten gekündigt werden kann. Damit würde beiden Seiten die Möglichkeit gegeben, bei großen, den Gesamtberuf oder die Gesamtwirtschaft betreffenden Umwälzungen in kurzer Zeit eine Revision bzw. Aufhebung des Vertrages herbeizuführen. Ein ähnlicher Vorschlag wurde seitens der Prinzipale schon während der Verhandlungen im Jahre 1911 gemacht, aber nicht zum Beschluß erhoben. Betradtet man den Tarif als ein Berufsgesetz, so ist es nur selbstverständlich, daß alle Verkehörungen getroffen werden, dieses Gesetz der Zeit entsprechend umzuändern bzw. zu ergänzen, aber nicht erst zu einem Zeitpunkt, der Jahre vorher, ohne Kenntnis der kommenden Verhältnisse, festgesetzt wurde.

Zu den materiellen Abänderungen des Tarifes werde ich in einem späteren Aufsatz Stellung nehmen. Für heute handelte es sich nur darum, die allgemeinen Gesichtspunkte hervorzuheben und auf die oben näher skizzierte Beschränkung der Tarifdauer, ohne die ein Neuaufschluß unter keinen Umständen getätigt werden sollte, hinzuweisen. Aufgabe der Lichtdrucker-Kollegen muß aber sein, nunmehr in allen Mitgliedschaften zu den einzelnen Bestimmungen des Tarifes Stellung zu nehmen und durch Berichte in der »Graphischen Presse« der Gesamtkollegenchaft ihre Stellungnahme zu unterbreiten. Nur durch gegenseitigen Austausch aller Erfahrungen und Wünsche ist ein einheitliches Handeln der gesamten Kollegenchaft herbeizuführen.

Ortsberichte.

Düsseldorf, Chemigraphen. Die Chemigraphen des 5. Kreises unsere Tarifgemeinschaft gaben mit äußerster Schärfe ihrer Meinung dahin Ausdruck, daß das Ergebnis der Tarifausschußsitzung vom 25. und 26. Februar nur in bezug auf die Ferien, sonst in nichts den Erwartungen und Bedürfnissen der Zeit entspreche. Sie waren über das mehr als dürftige Ergebnis der zweitägigen Verhandlung umso mehr erbittert als gerade von Unternehmern dieses Kreises, die schon im November vorigen Jahres erhöhte Forderungen der Gehilfenschaft als durchaus gerechtfertigt bezeichnet wurden und den Gehilfen sogar von dem Prinzipalsvertreter das Versprechen gegeben war, für diese Forderungen wirken zu wollen. Dieses Versprechen wurde nicht gehalten! Die Gesamtgehilfen des Kreises traten deshalb in eine Bewegung zur Durchführung ihrer Forderungen ein und beantragten eine Kreis-

vertreterkonferenz von Prinzipalen und Gehilfen. Nach einem, wegen zu geringer Beteiligung der Prinzipale, als gescheitert anzusehenden Versuch, fand am 30. März diese Konferenz statt. Vertreten waren fast alle Kreisorte durch Prinzipale und Gehilfen. Auf dieser Konferenz wurde von Unternehmern erklärt, daß die zum 1. April 1919 zu zahlende weitere Teuerungszulage von 3 Mk. unfaßbar sei, dies stelle ein Trinkgeld dar, das man Arbeitern gar nicht anbieten dürfe und Chemigraphen erst recht nicht. Sie würden sich verpflichten, beim Tarifamt statt dieser 3 Mk. für eine Zulage von 10 Mk. wirken zu wollen, mit der Maßgabe, daß diese dann vom 1. April an nachzuzahlen sei. Die Prinzipale verpflichteten sich weiter, die niederen Löhne im Kreise aufbessern zu wollen, trotz aller Einwendungen von Gehilfen, konnten sich die Herrn nicht dazu verstehen, diese Regelung auf der Konferenz vorzunehmen, da dies Sache des Tarifamtes sei. Die Gehilfen blieben auf ihrer Forderung bestehen, welche lautete: 25 Mk. Lohnzulage für alle Löhne unter 50 Mk und 20 Mk. für solche über 50 Mk. und eine wöchentliche Arbeitszeit von 44 Stunden. Ein anderes Entgegenkommen, als das, daß die Lohnregelung in jeder Anstalt selbst vorgenommen werden solle war nicht zu erzielen und wurde deshalb die Konferenz geschlossen. In Düsseldorf traten die Kollegen der beiden größten Betriebe am Montag den 31. März in die Bewegung ein. Nach dreimaligem Verhandeln kam die Verhandlungskommission, an welcher auch der Tarifamtsvorsitzende Hehr teilnahm mit folgendem Ergebnis zurück: Die Lohnerhöhung beträgt für jeden ledigen Gehilfen 12 Mk. und für jeden verheirateten Gehilfen 15 Mk. pro Woche.

Die Prinzipale verpflichteten sich weiter beim Tarifamt dafür eintreten zu wollen, daß die Erhöhung der 7. Zulage vom 1. April ab statt 3 Mk. 10 Mk. betragen solle. Sollte dies vom Tarifamt nicht angenommen werden, so garantieren sie vom 1. Mai ab eine weitere Zulage von 7 Mk. wöchentlich. Statt der geforderten 44stündigen Arbeitszeit, wurde eine solche von 45 Stunden bewilligt. Dem zur Verhandlung am Orte nicht gewünschten Kollegen Hehr blieb es vorbehalten, diesen Vergleich den keineswegs davon erbauten Chemigraphen Düsseldorfs schmähhaft zu machen. Die Erringung des freien Sonnabend Nachmittags, ohne daß derselbe vor- oder nachgeholt zu werden braucht, ließ uns endlich diesem Vergleich unsere Zustimmung geben.

Mannheim, Chemigraphen. Am 2. April 1919 fand eine außerordentliche Versammlung der hiesigen Zahlstelle statt. Mit Freuden konnte festgestellt werden, daß alle Chemigraphen-Kollegen zur Stelle waren. Die Tagesordnung lautete: »Stellungnahme zu unseren Tarifverhandlungen«. Alle Kollegen waren sehr enttäuscht über den Ausgang der Tarifausschußsitzung und bezeichneten das Resultat als lächerlich, damit könne sich die Gehilfenschaft heute nicht mehr einverstanden erklären. Es wurden dann die einzelnen Punkte, wie Lohnfrage, Lehrlingsfrage, Ferien und Teuerungszulagen, unter die Lupe genommen. In der Lohnfrage wurde bedauert, daß die heutigen Löhne nicht mehr im Einklang stehen mit den Lebensverhältnissen, und dieselben einer baldigen Remendur unterzogen werden müssen. Eine scharfe Kritik wurde an der Lehrlingsausbildung geübt und zum Ausdruck gebracht, daß unsere tariflichen Bestimmungen darüber in der jetzigen Zeit nicht mehr angebracht seien, da manche Firmen auf Grund des Tarifes und durch die Kriegsverhältnisse fast nur noch mit Lehrlingen arbeiten. Trotzdem sie für heimgekehrte Krieger keine Arbeit haben, bemühen sie sich schon wieder, neue Lehrlinge einzustellen. Da verschiedene solche Fälle am Platze vorliegen, soll versucht werden durch den Arbeiterrat und Vorschussausschuß die Lehrlingsfrage als Lokale Angelegenheit zu regeln. Grobes Befremden löbte die Ferienfrage aus, das Gnadengeschken der Prinzipale. Nicht teilen wollen wir darum. Nein! fordern. Diese Ferientage hat doch sicher jeder Kollege verdient, aber nicht erst nach langen Jahren! Wie oft sind denn heute noch die Kollegen solange in einer Firma? Die neue Stafflungen, wie sie der Tarif-Ausschuß festsetzt, sind vollständig unzureichend. Wieviele Feldgräue können nicht wieder am alten Platze eingestellt werden; diese fangen also von vorn an. Die früheren Jahre sind dann verloren und nur die Reklamierten und Druckerberger kommen in den Genuß der »hohen« Ferien. Ferner hofft die Versammlung, daß die Teuerungszulagen bald verschwinden und die Löhne mit den Zulagen als Existenzminimum bestehen bleiben. Unter Verschiedenen wird scharfer Protest gegen die Schreibweise der »Graphischen Presse« zum Ausdruck gebracht. Zum Schluß wird der Vorschlag, für alle Sparten einem Betriebsrat zu wählen, gutgeheißen. Auch soll in nächster Zeit eine Propaganda für die Photographen eingeleitet werden.

Photogr. Mitarbeiter.

Ortsberichte.

Köln a. Rh., Photographen. In 2 Versammlungen besprachen die Kölner Kollegen und Kolleginnen ihre Berufslage. Über den Zweck

einer Berufsorganisation sprach Kollege Rebholz und schloß mit den Worten: »Wo eine Berufsorganisation nicht regulierend auf die Lohn- und Arbeitsbedingungen einwirken kann, liegen die Berufsverhältnisse sehr im argen.« Diesen Nachweis erbrachte auf neue die darauf einsetzende Diskussion. Unzureichender Lohn, Arbeitszeit (der Achtstundentag, der gesetzlich eingeführt werden muß, ist nur dem Namen nach bekannt), Heimarbeit, Einstellung von Kriegsteilnehmern sind alles Vereinbarungen, an denen die Kölner Photographen-Prinzipale ad hoc vorbeigehen. Die Sonntagsruhe, die im Handelsgewerbe mit dem 1. April 1919 in Kraft getreten ist, beantwortete die Kölner Photographen-Zwangsinnung mit folgender Annonce im photogr. Gewerbe:

Sonntagsruhe im photogr. Gewerbe.
Die Verordnung vom 1. April 1919, Sonntagsruhe im Handelsgewerbe, trifft auf das photographische Handwerk nicht zu. Die hiesigen Ateliers sind nach wie vor bis 4 Uhr geöffnet.

Der Vorstand der Photographen-Zwangs-Innung, Köln. Kommentar dazu erscheint uns überflüssig. Das vernichtende Urteil gegen jede Sonderbündelei, die Interessen-Vertretung nur durch die berufene Organisation, den Verband der Lithogr., Steindr. und verw. Berufe Deutschlands, der sofortige Beitritt der sämtlichen anwesenden Photographen-Kollegen und -Kolleginnen sind Beweise, daß man auch in den Photographen-Kreisen nach vorwärts drängt. Nach einigen organisatorischen Direktiven und dem Appell »Auf zur Agitationsarbeit«, bis der letzte Photographen-Gehilfe oder -Gehilfin dem Verbandsbeigetreten ist, schloß die interessante Versammlung.

München, Photographen. Bericht über die Generalversammlung am 18. März 1919. Vorsit-

zender Kollege Hartl eröffnet 7 1/2 Uhr die äußerst zahlreich besuchte Versammlung. Die Tagesordnung lautet: 1. Abstimmung über den Tarif, 2. Neuwahl des Ausschusses.

Vor Eintritt in die Verhandlungen gedenkt der Vorsitzende unserer 5 gefallenen Kollegen, zu deren Gedenken sich die Versammlung von den Sitzen erhebt. Der Tarifentwurf wird absatzweise verlesen und beraten. Änderungen werden nur wenig beantragt. Bemerkenswert ist die Forderung des freien Samstagnachmittag, welche erkennen läßt, daß der neue Geist auch in unseren Reihen seinen Einzug gehalten hat. Der Tarif wurde hierauf einstimmig genehmigt und der Kommission für die sorgfältige Ausarbeitung gedankt. Von vielen Kollegen wurde noch betont, daß von den Forderungen, die gegenüber den Zeitverhältnissen als sehr mäßig zu bezeichnen sind, unter keinen Umständen abgegangen werden darf, evtl. müßte die Tarifkommission die radikalsten Mittel zur Durchführung anwenden.

Hierauf wurde unter Leitung des Gauvorsitzenden Kollegen Budner die Neuwahl vorgenommen. Um auch den Kollegen der Kinophotographie Rechnung zu tragen, nehmen diese an allen Ämtern teil. Bei der Wahl des Vorstandes wurde unter anderem Kollege Franz Hartl als Vorsitzender und Alexander Sorger als Kassierer gewählt.

Des weiteren wurde eine 5gliedrige Agitationskommission gewählt, deren nicht leichte Aufgabe sich schon aus ihrem Namen ergibt.

Als Verkehrslokal wurde der »Weiße Hahn«, Seidstr. 2 bestimmt und die Kollegen und Kolleginnen ersucht, sich Freitags zahlreich einzufinden.

Nach einer kurzen Schlußaufforderung des Vorsitzenden, nicht zu ruhen, bis der letzte Angestellte organisiert ist, wurde die von gutem Geist getragene Versammlung geschlossen.

Feuilleton.

Eingegangene Schriften.

Der Arbeitersozialismus und die Weltrevolution. Briefe an die deutschen Arbeiter von Parvus. III. Die Entfaltung des sozialistischen Wirtschaftssystems. Preis 40 Pfg. 1919. Verlag für Sozialwissenschaft, G. m. b. H. Berlin SW. 68 Lindenstraße 114. — Parvus dritter Brief an die deutschen Arbeiter ist gegen rechts und gegen links eine Verteidigung des Klassenkampfes und der planvollen Sozialisierung. Zum Schluß entwirft er die Grundlinien einer großzügigen sozialistischen Wohnungsreform und zeigt die Wege zur ihrer Verwirklichung.

Wie werden wir wieder reich? Von Erich Kuttner. Preis 20 Pfg. 1919. Berlin SW. 68, Verlag für Sozialwissenschaft G. m. b. H. Diese kleine Schrift enthält keine Anleitung für skrupellose Geldjäger. Im Gegenteil, der Verfasser zeigt, wie das Bestreben Einzelner, sich rücksichtslos auf Kosten der Gesamtheit zu bereichern, nur immer mehr die allgemeine Verarmung fördert und damit jene egoistische Bereicherungssucht sich selbst schließlich den Boden abgräbt.

„Arbeitslosigkeit und Arbeitsnot.“ In einer ausführlichen Darstellung dieses seltsamen und unhaltbaren Zustandes unserer Volkswirtschaft (Vorwärtsverlag, Berlin, Preis 1,— Mk.) untersucht Erwin Barth die Ursachen der beiden gesellschaftlichen Übelstände. Er vergleicht die früheren Wirtschaftskrisen mit der jetzigen, erwägt die Möglichkeiten der Zukunft und weist die Wege, die uns aus der Not, am Abgrunde des Chaos vorüber, wieder normalen Verhältnissen zu führen.

Totenliste.

1918.

† Am 27. Oktober in Berlin Fritz Sempf, Photograph aus Wittstock a. Dosse, 31 Jahre alt, an Lungentzündung und Grippe, krank 1 Woche. — Eingetreten in Berlin am 1. April 1905.

† Am 21. Dezember in München Anton Lang, Kupferdrucker aus Nürnberg, 50 Jahre alt, an Herzlähmung, krank 3 Wochen. — Eingetreten in Berlin am 27. Juni 1915.

1919.

† Am 5. Februar in Chemnitz Paul Rieß, Steindrucker aus Annaberg i. Sachsen, 71 Jahre alt, an Altersschwäche und Entkräftung, invalide seit 4. April 1909. — Eingetreten in Chemnitz am 1. März 1886.

† Am 8. Februar in Dresden Willy Kossatz, Steindrucker aus Dresden, 30 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 57 Wochen. — Eingetreten in Dresden am 1. April 1906.

† Am 15. Februar in Brandenburg a. H. Hans Reimann, Steindrucker aus Alt-Ahlisch, Kreis Lebus, 39 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 25 Wochen. — Eingetreten in Brandenburg a. H. am 6. August 1916.

† Am 17. Februar in Berlin Otto Bell, Chemigraph aus Wollenberg, Kreis Ober-Barnim, 57 Jahre alt, an Magenkrebs, krank 4 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Berlin am 28. Juni 1900.

† Am 22. Februar in Berlin Theodor Runge, Steindrucker aus Berlin, 69 Jahre alt, an Nierenleiden, krank 7 Wochen 5 Tage. — Eingetreten in Berlin am 15. Oktober 1905.

† Am 5. März in München Georg Fugger, Photograph aus München, 40 Jahre alt, an Lungenleiden, krank 33 Wochen. — Eingetreten in München am 12. Januar 1908.

† Am 5. März in München Robert Huth, Steindrucker aus Pforten b. Gera, 47 Jahre alt, an Lungentzündung und Grippe, krank 1 Woche. — Eingetreten in Kaufbeuren am 1. Januar 1893.

† Am 7. März in Breslau Willi Hoffmüller, Steindrucker aus Breslau, 27 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 20 Wochen 2 Tage. — Eingetreten in Breslau am 3. April 1910. (Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit August 1908.)

† Am 9. März in Mühlhausen i. Thür. Wilhelm Bock, Steindrucker aus Pritzwalk, 63 Jahre alt, an Leber- und Nierenleiden, krank 1 Woche 3 Tage. — Eingetreten in Berlin am 1. Januar 1893.

† Am 10. März in Dresden Wilhelm Heim, Repr.-Photograph aus Stuttgart, 49 Jahre alt, an Magengeschwür, krank 3 Tage. — Eingetreten in Dresden am 19. November 1899.

† Am 10. März in Dresden Karl Horlacher, Steindrucker aus Dresden 25 Jahre alt, an Lungentuberkulose, krank 19 Wochen 1 Tag. — Eingetreten in Dresden am 7. April 1912. (Vorher Mitglied der Lehrlingsabteilung seit 28. Juni 1908.)

† Am 14. März in Heilbronn Karl Glück, Steindrucker aus Heilbronn, 50 Jahre alt, an Gehirnschlag, krank 3 Tage. — Eingetreten in Kaufbeuren am 23. April 1893.

† Am 19. März in Bietigheim i. Wrtbg. Carl Baumann, Steindrucker aus Hochberg, 62 Jahre alt, an Nerven- und Magenleiden und Entkräftung, Invalide seit 1. Januar 1911. — Eingetreten in Stuttgart am 1. April 1893.

Ehre ihrem Andenken!

Der Hauptvorstand.

Zur gest. Beachtung! Wir bitten sämtliche Ortsvorstände, uns von jedem Todesfall mit Angabe der Mitgliedsnummer, Art und Dauer der Krankheit usw., unter Befügung des Mitgliedsbuches und der Sterbe-Urkunde stets sofort Mitteilung zu machen. Wenn der Verstorbene eine unterstützungsberechtigte Witwe hinterläßt, wolle man uns auch gleich deren Personallein, (Rufnummern, Geburts- und -Jahr) mitteilen.
Der Hauptvorstand.

Stellenangebote

Tüchtiger

Klischee-Monteur

welcher gleichzeitig ein geübter Fräser an der Routing-Maschine ist, findet sofort gute Stellung. August Krämer, Klischeefabrik, Stuttgart, Landhausstraße Nr. 68.

Strichätzer (i. Kraft) und Andruker,

der auch andere Arbeiten mit übernehmen kann, gesucht. Otto Flebbe, Graphische-Anstalt Hannover.

Formstecher

auf dauernde Beschäftigung, auch Sommerarbeit, und guten Lohn zu sofort gesucht. Aug. Künneke, Hannover-Linden, Gartenallee 20a.

Tüchtige

Kupferdrucker

für farbig und schwarz (große Presse) sucht W. Lindner, Berlin, Hollmannstraße Nr. 22.

Lithograph

Spezialist für Gravur feinsten lat. Schreibschrift

für baldigen Eintritt gesucht. Muster und Gehalts-Ansprüche an

L. Hene, Pößneck i. Thür.

Formstecher

zu gutem Lohn für dauernde Beschäftigung auf sofort gesucht.

Friedrich Schreier, Formsteherei, Hildesheim-Moritzberg.

Suche per sofort tüchtigen

Xylographen

in angenehme Stellung. Carl Brunotte, Düsseldorf, Kölnerstr. 59.

Verchiedenes

Roulett-, Fadenstichel

Fräser u. s. w. in bester Ausführung fertig an Karl Neumann & Söhne, Berlin SO. 93, Köpenickerstraße 147.

„Betromit“

Schnelltrockenmittel, Extrakt trocken nicht ein, bildet selbst bei langsamem Verbrauch keine Haut, kann restlos verbraucht werden.

„Steingummi“

flüssig, Ersatz für echtes Gummi-arabicum, stets gebrauchsfähig, zum Präparieren von Lithographiesteinen, Zink- und Aluminiumplatten.

„Enoldin“

Druckpaste speziell für schlecht zu verdruckende Farben u. Papiere.

„Enol“

Drucktinktur — sehr geeignet für Bronzedruck.

„Goljad“

vorzügliches Reinigungs- u. Auswaschmittel ist wasserhell, milde im Geruch, und nicht feuergefährlich.

empfiehlt

H. Schnuhr, Hamburg 22, Richardstraße 49. Fabrik chem. techn. Präparate für Druckereien.

Verbandsnachrichten

Achtung! München: Chemigraphen und Kupferdrucker: Vorsitzender und Auskunftsleiter ist jetzt: Martin Reiß, Hornumstr. 30, II.; Kassierer und Unterstützungsausgeber: Adolf Dienberger, Bayerstr. 77 a.

Nürnberg!

Alle Zuschriften sind jetzt an Wilhelm Schatt, Theresienstr. 21, I, zu richten.

Schramberg in Württemberg und Schweningen am Neckar:

Es wird darauf hingewiesen, daß jetzt Schweningen, Villingen, Rottweil, St. Georgen, Tuttingen und Tübingen zur Mitgliedschaft Schramberg gehören und Zuschriften an Jakob Weingärtner, Schramberg i. Würtbg. Lauterbachstr. 59, zu richten sind.

Achtung! Hannover!

Vorsitzender der Mitgliedschaft und Auskunftsleiter ist: Max Peter, Hannover, am Kleinenfelde 22, an welchen alle Zuschriften und Anfragen zu richten sind.